



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Jahresberichte der höheren Lehranstalten in Preußen

Preußische Auskunftstelle für Schulwesen <Berlin>

**Berlin, Nachgewiesen 1921/22 - 1927/28(1930); damit Ersch.
eingest.**

Neugründungen und Ausbau

urn:nbn:de:hbz:466:1-30023

19. 4. 28: die mit dem *Lyzeum in Berlin-Mariendorf verbundene Deutsche Oberschule;
26. 4. 28: die mit dem *Oberlyzeum in Altona verbundene realgymnas. Studienanstalt.

Außerdem sind folgende Aufbauschulen als Vollanstalten anerkannt worden:

- a) die Deutschen Oberschulen in Angerburg, Braunsberg, Pr. Eylau, Ragnit, Königsberg/Nm., Rhyß, Bütow, Franzburg, Böliß, Habelschwerdt, Steinau, Oberglogau, Rosenberg, Ziegenhals, Barby, Genthin, Heiligenstadt, Osterburg, Niebüll, Segeberg, Bederkesa, Büren, Hilchenbach, Olpe, Petershagen, Frankenberg, Fulda, Ussingen, Guskirchen, Kettwig, Linnich, Weßlar, Wittlich; Berlin-Neukölln und Koblenz-Oberwerth (die beiden letzten für Mädchen).
- b) die Oberrealschulen in Schwerin a. W., Drossen, Dels, Elsterwerda, Alfeld und Wunstorf.

Aber während einerseits neue Schulen entstanden und Nichtvollanstalten zu Vollanstalten ausgebaut wurden, nahm andererseits auch die **Umwandlung von Anstalten** aus einer Schulart in die andere ihren Fortgang und verfielen nicht wenige der Auflösung. Die wechselvollen, vielfach ungünstigen äußeren Verhältnisse kamen darin zum Ausdruck, daß sich im Berichtsjahr von allen preussischen höheren Lehranstalten mehr als ein Viertel in der Entwicklung, in der Umwandlung oder im Abbau befanden. Bei den in Entwicklung begriffenen Anstalten handelte es sich in erster Linie um die Weiterentwicklung der Nichtvollanstalten; so befanden sich allein 53 öffentliche Lyzeen im Ausbau zu Oberlyzeen. Bei der Umwandlung der Anstalten von einer Schulart in die andere machte sich auch weiterhin die Abkehr von den mit Latein beginnenden Anstalten bemerkbar; das Reformrealgymnasium fand immer weitere Verbreitung. Unter den 66 Anstalten, die in Umwandlung zum Reformrealgymnasium begriffen waren, befanden sich 19 Gymnasien und 43 Realgymnasien. Diese Übergangszeit findet ihren Niederschlag in den Jahresberichten, wie die folgenden Auszüge zeigen mögen:

a) Neugründungen und Ausbau.

„Die Stadt Guhrau knüpft mit der Errichtung ihrer höheren Lehranstalt an eine stolze Tradition an, besaß sie doch bald nach 1300 bereits eine katholische Pfarrschule, die, nach der Reformation in eine städtische evangelische Lateinschule umgewandelt, sich gleichfalls eines guten Rufes erfreute und manchen Bürgersohn zum Studium nach Wittenberg entließ. Von den Bedrängnissen des Dreißigjährigen Krieges erholte sich das Guhrauer Schulwesen sehr langsam. Eine neue Blüte erlebte es durch die Fürsorge Friedrichs des Großen. — Michaelis 1865 wurde eine „Höhere Bürgerschule“ ins Leben gerufen, doch ging sie 1884 wieder ein, da sie sich gegen Frauastadt, Lissa, Bojanowo und Ramitsch nicht halten konnte. Die Grenzziehung gegen Polen nach dem Diktat von Versailles zerschchnitt diese günstigen Schulverbindungen, so daß den Eltern, die ihre Kinder auf eine höhere Schule schicken wollten, nur übrig blieb, sie nach dem 37 km entfernten Glogau fahren zu lassen oder aber sie dort oder in Lüben, Liegnitz usw. in Pension zu geben, eine geldliche Belastung, die die Minderbemittelten überhaupt von der höheren Schule ausschloß. Dazu kam, daß der Kreis Guhrau Grenzkreis geworden war und als Vorposten des Reiches gegenüber der sehr rührigen Kulturpropaganda Polens, das keine Kosten scheute, Schützer deutscher Kultur im Osten sein sollte. So wurde die Errichtung einer höheren Lehranstalt in Guhrau — der einzigen im Kreise, während gleich große Städte mit guter Verbindung nach Schulstädten deren ein bis zwei besitzen — zu einem brennenden Bedürfnis. Der Tatkraft des früheren Landrats von Guhrau, Ministerialrats Dr. Hoffmann, Berlin, sowie des Bürgermeisters von Guhrau, Glien, und des „Vereins zur Errichtung einer höheren Lehranstalt“ gelang es, das Finanzministerium von der Notwendigkeit und Lebensfähigkeit einer höheren Lehranstalt zu überzeugen, so daß es sich am 31. März 1927 bereit erklärte, 75 v. H. der gesamten Unkosten der Schule — zunächst für einen Zeitraum von 10 Jahren — auf Staatsfonds zu übernehmen. Von dem restlichen Viertel, das die Stadt Guhrau als Unterhaltsträger aufzubringen hat, übernahm der Kreis Guhrau ein Drittel bis zur Höchstsumme von 10 000 RM jährlich. Da die Beteiligung des Staates zunächst nur für eine Nichtvollanstalt zu erreichen war, galt es, einen Schultyp zu wählen, der den recht verschiedenen Bedürfnissen der Kreisbewohner und der in einem Grenzkreise häufig wechselnden Beamtschaft am besten gerecht wurde, und so entschied man sich für ein Reformrealprogymnasium, zu dessen Errichtung vom 1. April 1927 ab das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch Erlass vom 4. Juni 1927 (U II 26069 U III D A. III. O) seine Genehmigung erteilte.

Bereits am 26. April 1927 fand im Beisein des Dezernenten der Anstalt die Aufnahmeprüfung statt, bei der auch der Schulrat des Kreises zugegen war. Am 28. April 1927 konnte der Unterricht mit 27 Schülern der Sexta und 35 Schülern der Quinta aufgenommen werden.

Bis Pfingsten war der nötige Verwaltungsapparat geschaffen, die notwendigsten Lehrmittel beschafft, die Schülerbüchereien und eine kleine Unterstützungsbücherei eingerichtet.

Bereits am 6. Mai 1927 begannen auch die Vorbereitungen für den Neubau des Anstaltsgebäudes. Zu diesem Zwecke war aus dem Sofortprogramm des Reiches ein Betrag von 700 000 RM zur Verfügung gestellt worden, von dem 50 000 RM als verlorener Zuschuß für die Inneneinrichtung gegeben wurde. Der Rest ist ein Darlehen, verzinslich zu 3 v. H. und mit 1 v. H. zuzüglich der ersparten Zinsen zu amortisieren. Da Staat und Reich sich in so erheblichem Umfange an der Errichtung des Gebäudes beteiligten, wurde Wert darauf gelegt, „daß ein Schulbau geschaffen werde, der allen berechtigten Wünschen in moderner Form, wenn auch in sparsamer Ausführung, entspreche, der aber in seiner äußeren Ausgestaltung in jedem Falle ein Wahrzeichen des Deutschtums an der Grenze bedeute“. Dem trugen die Hauptbeteiligten, das Provinzial-Schulkollegium und die Stadt Guhrau, dadurch Rechnung, daß sie die Angelegenheit für wichtig genug hielten, um sie zum Gegenstand eines öffentlichen Wettbewerbes zu machen, zu dem am 18. August 1927 die Architekten der Provinzen Ober- und Niederschlesien, der Grenzmark und der Mark Brandenburg aufgefordert wurden. Bis zum Schlußtermin am 5. November 1927 gingen 74 Entwürfe ein, von denen das Preisgericht drei durch Preise ausgezeichnete, während es zwei weitere zum Ankauf empfahl. Der Entwurf des ersten Preisträgers, Diplomingenieur Ernst Witt, Königsberg i. Pr., wurde zugleich zur Ausführung empfohlen und am 21. Dezember 1927 vom Magistrat Guhrau vorbehaltlich notwendiger Änderungen dazu bestimmt. Die Ausstellung aller Entwürfe, die für die Schulbauten in Guhrau und Militzsch eingegangen waren, vermittelte ein interessantes Bild der Entwicklung des Schulbaues der letzten 50 Jahre. Nachdem Herr Diplomingenieur Witt seinen Vorentwurf entsprechend den schultechnischen Vorschlägen des Provinzial-Schulkollegiums und der Schule umgearbeitet hatte, konnten die Zeichnungen dem Ministerium zur Genehmigung eingereicht werden. Bis zum Beginn des Winters 1928 soll der Bau unter Dach sein, nach den großen Ferien 1929 hofft die Schule, in ihr neues Heim übersiedeln zu können, was dringend nötig wäre, da sie von Ostern 1929 ab mit Raumschwierigkeiten zu kämpfen haben wird.“ (*Reformrealgymnasium i. G., G u h r a u.)

„Mit der wirtschaftlichen Notlage des Kreises Militzsch, die durch die neue Grenzziehung infolge des Diktats von Versailles bedingt ist, ist auch eine kulturelle verbunden. Vier kleine leistungsschwache Städte (Militzsch, Trachenberg, Sulau, Prausnitz) enthält der ganz überwiegend agrarisch aufgebaute Kreis, in dem der Großgrundbesitz mit Wäldern (27 v. H. der Gesamtfläche) und Teichen (25 000 Morgen) vorherrschend ist.

Es ist verständlich, daß die kulturelle Betreuung der Kreisbevölkerung technisch und finanziell große Schwierigkeiten bietet. Nur mit Staatshilfe ist es möglich, hier die nötigen Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. So lange das nicht in ausreichendem Maße geschah, ist der Mangel an Bildungsstätten auch mit ein Grund für die starke Abwanderung der Bevölkerung gewesen, die sich in einer Bevölkerungsabnahme von 22 v. H. in den Jahren 1871—1925 auswirkte, in einer Zeit, in der in ganz Schlesien und Preußen überall eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen war.

Um dieser kulturellen Grenzlandnot zu steuern und der finanziell schwachen Grenzbevölkerung die Ausbildung ihrer Kinder im eigenen Kreise zu ermöglichen, hat der Preußische Staat beschlossen, dem Kreise als Ersatz für die an Polen verloren gegangenen höheren Lehranstalten in Rawitsch, Krotoschin und Ostrowo zu einer eigenen höheren Schule zu verhelfen.

Nach langwierigen Vorverhandlungen fanden am 30. März 1927 örtliche Besichtigungen und Verhandlungen statt. Das Ergebnis war der Beschluß, in Militzsch eine höhere Lehranstalt zu errichten, zu deren laufenden Kosten der Staat 75 v. H. beizusteuern sich bereit erklärte. Zu den Kosten der Errichtung und Einrichtung der Anstalt gewährt der Staat aus den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln des Reiches für die Ostprovinzen einen Betrag bis zu 800 000 RM. Dieser Betrag wird in Höhe von 50 000 RM als verlorener Zuschuß, und zwar ausschließlich für die Inneneinrichtung der Anstalt gewährt. Der Restbetrag wird als Darlehn gegeben.

Unter dem 28. April erklärte sich die Stadt Militzsch bereit, von den dem Patronat der höheren Schule zufallenden jährlichen Lasten die Hälfte — im Höchstfalle 15 000 RM — zu tragen. Ferner stellte die Stadt Militzsch das Grundstück für den Neubau unentgeltlich zur Verfügung.

Der Kreistag vom 2. Juni 1927 stimmte einem auf dieser Grundlage zwischen dem Preussischen Staate und dem Kreise Militsch abzuschließenden Vertrage zu.

Am 22. April fand die Aufnahme der Schüler in die neu zu errichtende Sexta der höheren Lehranstalt statt. Die Quinta der hiesigen Mittelschule wurde nach einer Prüfung als Quinta der neuen höheren Lehranstalt übernommen.

Die eigentliche Eröffnung der höheren Lehranstalt erfolgte am 3. Mai 1927, nachdem die beteiligten Körperschaften den Verträgen zugestimmt hatten, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Minister.

Diese wurde am 15. Juni 1927 erteilt — U II Nr. 26052 U III D A III O — mit der Bestimmung, daß die bisherige städtische Mittelschule zu Militsch stufenweise aufgelöst wird.

Die Entscheidung über die bisher noch offenstehende Anstaltsform erfolgte am 21. September 1927 — U II Nr. 26869 — mit der Bestimmung, daß nach dem Lehrplan eines Reformrealgymnasiums zu unterrichten sei. Seitdem führt die Anstalt die Bezeichnung „Reformrealgymnasium i. G.“.

Um einen Bauentwurf zu erhalten, der ein Wahrzeichen des Deutschtums an der Grenze darstellt, wurde der Wettbewerb für weite Kreise der deutschen Architektenschaft ausgeschrieben. In der zu Anfang August veröffentlichten Wettbewerbsaufforderung wurden die Architekten der Provinzen Ober- und Niederschlesien, Grenzmark, Mark Brandenburg einschließlich Groß-Berlin zur Beteiligung aufgerufen. Das Ausschreiben sah ein neunklassiges, vollausgebautes Reformrealgymnasium mit Aula, Turnhalle, Direktorenwohnung und Alumnatsgebäude vor. Bis zum Schlußtage, dem 5. November 1927, waren 81 Entwürfe eingegangen, unter denen das Preisgericht am 14. Dezember seine Entscheidung traf.

In mehreren Wahlgängen wurden die Ausscheidungen der Entwürfe vorgenommen, bis schließlich am späten Abend folgendes Ergebnis festgestellt werden konnte:

1. Preis: 4000 RM, Nr. 60. Kennwort: Strich in Grün.

Verfasser: Architekt Spizner, Berlin.

2. Preis: 2500 RM, Nr. 31. Kennwort: Licht, Luft, Freude.

Verfasser: Architekt Reingenheim, Berlin.

3. Preis: 1500 RM, Nr. 37. Kennwort: Zweigeschossig.

Verfasser: Architekt Friß Groffe, Berlin-Zehlendorf.

4. Preis: 1000 RM, Nr. 42. Kennwort: Hell.

Der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf wurde vom Preisgericht zur Ausführung empfohlen. Dieser Entscheidung schloß sich auch der Preisausschuß an, so daß in weiteren Verhandlungen mit dem Architekten Hans Spizner die Ausgestaltung dieses Entwurfes, zuletzt in einer Sitzung vom 1. Februar 1928 im Provinzialschulkollegium zu Breslau, durchgeführt wurde.“ (Preis = Reformrealgymnasium, Militsch.)

„Die Anstalt ist aus einer Privatschule hervorgegangen, die im Jahre 1923 von der Stadt übernommen und zunächst in eine städtische höhere Knabenschule umgewandelt wurde. Nach zweijährigen Verhandlungen, die vor allem den Umbau des Gebäudes betrafen, wurde die höhere Knabenschule durch Ministerialerlaß U II Nr. 27631 vom 4. Mai 1927 mit Wirkung vom 1. April 1927 in eine öffentliche Lehranstalt, und zwar in eine Realschule i. G. umgewandelt mit den Klassen VI — U III.“ (*Realschule i. G., Ratscher.)

„Nach Überwindung mancher Widerstände erhielt die Luisenschule mit Wirkung vom 1. April 1927 ab vom Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Genehmigung zur Umwandlung in eine öffentliche höhere Lehranstalt. Gleichzeitig wurde sie als Lyzeum i. G. anerkannt.

Die durch die Anerkennung als Lyzeum notwendig gewordenen baulichen Veränderungen gaben dem ganzen Schulbetrieb eine gewisse Unruhe. So mußte aus diesem Grunde zunächst die Ferienordnung abgeändert werden. Da nach den Sommerferien das eigene Schulgebäude noch nicht bezogen werden konnte, fand der Unterricht in den Räumen des staatlichen Realgymnasiums statt, und zwar vom 18. August bis zum 28. September nachmittags und vom 29. September bis zum 6. Oktober vormittags. Dank dem großen Verständnis der Eltern mit unserer Notlage fehlte am Nachmittagsunterricht — von Krankheitsfällen abgesehen — keine auswärtige Schülerin. Daß der Unterrichtsbetrieb im fremden Gebäude so reibungslos durchgeführt werden konnte, ist der großen Einsicht aller Betroffenen und insbesondere dem verständnisvollen Entgegenkommen des Schulleiters der Knabenanstalt zuzuschreiben, dem hierfür auch an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt wird. Am 13. Oktober bezogen wir dann zur Freude aller

Lehrer und Schülerinnen wieder unser trotz aller Veränderungen doch so vertrautes und liebes Heim.“
(*Luisenschule, Lyzeum i. G., Stallupönen.)

„Das städtische Lyzeum ist hervorgegangen aus einer Privatschule, die im Jahre 1877 gegründet wurde. Sechs Mädchen und zwei Knaben wurden gemeinsam unterrichtet in einem Raum des Hauses Wilhelmstraße 99. Die erste Leiterin war Fräulein Lina Linden. Im Herbst 1883 übernahm die Schule Fräulein Lina Schorsch; die Schülerzahl betrug 10 bis 12. Unter Fräulein Auguste Idel, welche die kleine Schar bis 1889 unterrichtete, stieg die Zahl auf 20; unter Fräulein Elise Reiff (von 1889—1891) waren es etwa 12 Kinder (Knaben und Mädchen). Von 1891—1896 wirkte Fräulein Sidonie von Puttkammer an dieser kleinen Schule, und 1896 übernahm Frau Studiendirektorin Elfriede Kirchheim die Leitung. Die Schule wurde anfangs vorwiegend von evangelischen Schülern und Schülerinnen besucht, weil während einiger Jahre auch eine katholische Privatschule in Bergisch-Gladbach bestand. 1903 ging diese Schule ein, und die meisten Schülerinnen (etwa sechs) traten ein in die Schule an der Wilhelmstraße 99, wo schon seit 1895 eine katholische Lehrkraft tätig war. Unter der klugen und umsichtigen Leitung von Frau Studienrätin Kirchheim entwickelte sich die Schule so günstig, daß sie 1908 in eine städtische Anstalt umgewandelt wurde. Ostern 1908 wurden 60 Schülerinnen aufgenommen, die in 3 Klassen unterrichtet wurden. 1909 mußte eine vierte Klasse eingerichtet werden. Da der Raum in dem Hause Wilhelmstraße 99 nicht ausreichte, wurde auch in der evangelischen und in der katholischen Volksschule an der Wilhelmstraße unterrichtet, bis der Mädchenschule im Jahre 1909 vier Räume im Erdgeschoß des Progymnasiums an der Viktoriastraße zur Verfügung gestellt wurden sowie das jetzige Amtszimmer und das Lehrerzimmer. Später sind noch 2 große Klassenräume im Kellergeschoß eingerichtet worden, so daß jede Klasse ihren eigenen Unterrichtsraum hat. Mit großen Schwierigkeiten nur konnte der Schulbetrieb aufrechterhalten werden, als die Engländer von Dezember 1918 bis März 1920 das Schulgebäude besetzt hatten. In denselben Räumen hatten beide Schulen abwechselnd morgens und nachmittags Unterricht. Als wieder ruhigere Zeiten kamen, wurde wiederholt der Antrag gestellt, die höhere Mädchenschule in ein Lyzeum umzuwandeln. Durch den Ministerialerlaß vom 1. April 1927 U II Nr. 5683 U III D ist die städtische Höhere Mädchenschule in Bergisch-Gladbach vom 1. April 1927 ab in eine öffentliche höhere Lehranstalt umgewandelt worden. Gleichzeitig wurde die Anstalt mit Wirkung vom 1. April 1927 ab als Lyzeum i. G. anerkannt.“ (*Lyzeum i. G., Bergisch-Gladbach.)

„Der erste Ansatß zur Entwicklung einer höheren Schule in Rheinhausen erfolgte im Rahmen einer 1905 gegründeten privaten Mädchenschule der evangelischen Gemeinde Hochemmerich. Im letzten Jahre ihres Bestehens erhielt diese Privatanstalt paritätischen Charakter und wurde auch Knaben zugänglich gemacht. Sie war in dem heutigen Kremmerschen Hause neben der evangelischen Kirche untergebracht, ging aber Ostern 1913 in der zu diesem Zeitpunkt entstehenden öffentlichen „Paritätischen Mittelschule für Knaben und Mädchen“ auf, für deren Unterhalt sich nach langen Verhandlungen die fünf Gemeinden Hochemmerich, Bergheim, Destrüm, Friemersheim und Bliersheim zu einem „Zweckverband Hochemmerich-Friemersheim“ zusammengeschlossen hatten.

Diese Lehranstalt, bei ihrer Gründung 3 Klassen mit 74 Schülern und 45 Schülerinnen umfassend, erhielt am 1. Oktober 1913 in dem bisherigen Barmer Oberlehrer Schorre den ersten akademischen Leiter (Rektor). Man faßte gleichzeitig auch die Umwandlung der Mittelschule in eine Realschule und eine Höhere Mädchenschule ins Auge. Doch verzögerte sich die Erreichung dieses Zieles ebenso wie die Vollendung eines neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Schulgebäudes infolge des Ausbruchs des Weltkrieges bis Ostern 1916. Die zu diesem Zeitpunkt vom Provinzialschulkollegium mit 6 Lehrkräften und 111 Schülern in 4 Klassen (Sexta bis Untertertia) übernommene Realschule i. G. stand durch drei Jahre unter der zweimal wechselnden stellvertretenden Leitung der Oberlehrer Dr. Langenbach und Schürhoff, da Rektor Schorre schon in den Tagen der Mobilmachung zur Fahne geeilt und nach weniger als Jahresfrist im Mai 1915 an der Westfront gefallen war. Dennoch kam der Ausbau der jungen, während des Krieges schwer um ihre Entwicklung ringenden Anstalt mit der ersten Schlußprüfung von 12 Untersekundanern im März 1919 zum Abschluß.

Unmittelbar darnach erhielt die zu diesem Zeitpunkte 234 Schüler zählende Realschule in dem bisherigen Oberlehrer Dr. Hans Espe aus Berlin-Zehlendorf ihren ersten Direktor. Unter ihm wurde von Ostern 1920 an der Versuch gemacht, der Realschule von der Untertertia an aufwärts realprogymnasiale Klassen nach dem Reformplan anzugliedern, und tatsächlich vermochten Ostern 1923 und 1924 im ganzen

16 Untersekundaner die Schlußprüfung eines Reform-Realgymnasiums zu bestehen. Doch wurde schon Ostern 1922 keine neue realgymnasiale Untertertia mehr eingerichtet, da sich die Gabelung der Mittelstufe als hinderlich für den Ausbau zur Vollanstalt herausstellte, außerdem aber die fortschreitende Geldentwertung zur Einschränkung zwang. Am 1. April 1923 ging das Patronat der Schule von dem Zweckverband Hochemmerich-Friemersheim an die zu diesem Zeitpunkt entstehende Gemeinde Rheinhausen über.

Zu Ostern 1925 konnte die erste Klasse, die wieder ungeteilt nach dem Lehrplan der Realschule emporgestiegen war, als Obersekunda weitergeführt werden. Der Ausbau zur Vollanstalt hatte begonnen.

Jetzt ist nach Ablauf von drei Jahren der Ausbau der Oberrealschule zum Abschluß gelangt, nachdem unsere ersten Oberprimaner, vierzehn an der Zahl, die Reifeprüfung bestanden haben, und im Laufe des kommenden Schuljahres wird die Anstalt ihr bisheriges Heim dem neuen aus der Höheren Mädchenschule hervorgehenden Lyzeum überlassen und den in der Nähe erstehenden schönen Schulbau beziehen.“ (*Oberrealschule, Rheinhausen.)

„Die Anstalt war während des Berichtsjahres in zwei verschiedenen Schulgebäuden untergebracht. Die Prima und Obersekunda, der naturwissenschaftliche Lehrsaal, der Gesangsaal und das Amtszimmer des Direktors befanden sich im früheren Vorschulgebäude des städtischen Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, die übrigen Klassen im Lyzeum I in der Berliner Straße 8—10. In beiden Gebäuden stand auch ein Schulhof zur Mitbenutzung zur Verfügung. Der Unterricht hat durch diese Art der Unterbringung erheblich gelitten, weil Lehrer und Schüler häufig in den Pausen den Weg von einem Schulgebäude zum anderen machen mußten, was ohne Verkürzung der Unterrichtsstunden nicht möglich war, und weil der naturwissenschaftliche Unterricht bei den unzureichenden Lehrzimmern nicht in zeitgemäßem Sinne erteilt werden konnte. Auch die Vertretung erkrankter Lehrer war schwer zu regeln.

Das Schuljahr 1927/28 brachte für die Anstalt zwei sehr wichtige Ereignisse. Im Frühjahr begann der Neubau der Anstalt auf dem Gelände in der Planetenstraße. Der Bau ist bereits unter Dach und wird hoffentlich am 1. Oktober 1928 bezogen werden können. Außerdem wurde der Antrag des Lehrerkollegiums auf Umwandlung des Kaiser Wilhelms-Realgymnasiums in ein Reformrealgymnasium und Reformgymnasium vom Herrn Minister genehmigt. Künftig wird daher in VI mit Französisch begonnen. Erst im vierten Schuljahr (U III) beginnt der lateinische Unterricht, und erst im sechsten Schuljahr (U II) muß sich der Schüler entscheiden, ob er den realgymnasialen Zweig mit englischem Unterricht oder den gymnasialen Zweig mit griechischem Unterricht besuchen will. Die Berechtigungen beider Zweige bleiben dieselben wie bisher. Die Schüler der V und IV werden noch nach dem alten Lehrplan bis zur Reifeprüfung geführt.“ (+Kaiser Wilhelms-Realgymnasium, Gymnasium u. Realgymnasium, Berlin-Neukölln.)

„Das große Interesse der Kreisverwaltung für die kulturelle Hebung des Kreises und der Gedanke, den Kreiseingewesenen reiche Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten, hat einen bedeutungsvollen Plan zur Durchführung gebracht, den Ausbau des bisherigen Realgymnasiums zu einer Vollanstalt. Einstimmig hat der Kreisausschuß und der Kreistag diesen Plan genehmigt. Bei der Frage über die Art der einzuführenden Vollanstalt entschied sich die überwiegende Mehrheit unter Berücksichtigung der Kreisverhältnisse und der Statistik der Schüler für ein humanistisches Gymnasium. Ein dahingehender Antrag wurde vom Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung genehmigt; daher konnte schon jetzt zu Ostern die Obersekunda des nunmehrigen Gymnasiums i. E. eingerichtet werden. Damit hat unsere Anstalt, die 1843 als Rektoratschule gegründet und 1926 zu einem Realprogymnasium ausgebaut wurde, einen ganz bedeutungsvollen Schritt in ihrer Entwicklung gemacht, wofür der Kreisverwaltung der Dank des ganzen Kreises gebührt.“ (Kreis-Realprogymnasium, Heinsberg.)

„Die Erweiterung der Schule zum Oberlyzeum reformrealgymnasialer Richtung machte einen Erweiterungsbau dringend notwendig. Um ihn fertigzustellen, begannen die Herbstferien 14 Tage vor der festgesetzten Zeit. In dem kurzen Zeitraum gelang es nicht nur, die für das Oberlyzeum neu erforderlichen Klassen zu schaffen, sondern auch die für das Lyzeum so notwendigen Räume (Physiksaal, Handarbeitsaal, Bibliothekzimmer) zu erweitern, resp. neu einzurichten.

Das Kuratorium gab in einer einberufenen Versammlung der Freude über die glückliche Vollendung des Baues lebhaften Ausdruck und knüpfte daran die Hoffnung, daß die von den Katholiken Düsseldorfs unter so großen Opfern gegründete und fast 50 Jahre geführte Schule auch fernerhin eine Pflanzstätte der Bildung und Wissenschaft, sowie ein Hort der Sitte für die weibliche Jugend Düsseldorfs bleiben möge.“ (oMarienschule, Oberlyzeum, Düsseldorf.)

„Zu Beginn des Unterrichtsjahres lag eine völlig ungeklärte Situation vor, da der Vertrag über die Vereinigung der Aufbau- und Realschule nicht von Berlin zurück war. Weil aber in baulicher Hinsicht alles für die Übernahme der Realschule vorbereitet war und die Volksschule bereits das ehemalige Realschulgebäude bezog, so mußte die Vereinigung ohne den Vertrag vollzogen werden. Am 1. Juni wurde der Vereinigungsvertrag der Anstalten im Ministerium unterschrieben und damit der neuen Anstalt die gesetzliche Grundlegung gegeben. Nach Paragraph 1 dieses Vertrages wurden die „bisher staatliche Aufbauschule i. G. und die städtische Realschule in Bad Segeberg zum 1. April 1927 zu einer einheitlichen höheren Lehranstalt unter einer Leitung mit einem einheitlichen Lehrkörper unter dem Patronat der Stadt Bad Segeberg zusammengeschlossen“. Der Staat stellte die ehemaligen Seminargebäude und das zugehörige Grundstück für den neuen Schulzweck zur Verfügung und übernahm es, diese Gebäude in einen würdigen Zustand zu versetzen. Die laufende Unterhaltung der Anstalt wurde zwischen Staat und Stadt geteilt und im einzelnen im Vertrage festgelegt.

Die Stadt ging bei der Einrichtung der neuen Anstalt weit über ihre Verpflichtungen hinaus und baute insbesondere das ehemalige Übungsschulgebäude in großzügiger Weise um für die Bedürfnisse des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Besondere Schwierigkeiten bot die Renovierung der Aula, da die Formen dieses unschönen Raumes im wesentlichen beibehalten werden mußten. Dennoch wurde auch hier eine glückliche Lösung gefunden, und die Aula ist in dem modernen Gewand ein besonderer Schmuck unseres Hauses. Außerdem schuf die Stadt, ebenfalls mit großen Opfern, eine schöne Neuanlage des Geländes vor der Schule bis hinab zum Marktplatz.“ (*Dahlmann-Schule, Deutsche Oberschule in Aufbauform nebst Realschule, B a d S e g e b e r g.)

„Nachdem die Stadt Stendal sich im April 1927 in aller Form verpflichtet hatte, noch im Frühjahr desselben Jahres mit dem Neubau eines Oberlyzeums zu beginnen, konnte die Schule hoffen, nur noch kurze Zeit in dem mit so viel Mängeln behafteten Schulhause zubringen zu müssen. Leider verging Frühling und Sommer 1927, ohne daß mit dem Bau begonnen wurde, und erst Anfang November trat ein Preisgericht zusammen, das aus sieben vorgelegten Bauentwürfen einen als den besten bezeichnete und demgemäß mit dem 1. Preise krönte. Da die Kosten für die Ausführung des preisgekrönten Entwurfes weit über die bisher bewilligten Mittel hinausgingen, wurde seine Ausführung von den Stadtverordneten abgelehnt, und man kam nun auf den Plan, die nötigen Räume durch einen Umbau und Anbau an das alte Schulgebäude zu schaffen, zurück. Nach manchem Hin und Her wurde schließlich die ganze Angelegenheit dahin entschieden, daß aus baupolizeilichen Gründen der geplante Anbau von den staatlichen Behörden nicht gestattet wurde. Während all dieser Verhandlungen rückte das Ende des Schuljahres immer näher heran, ohne daß Klarheit darüber bestand, ob die Oberstufe weiter bestehen könne, da die Stadt ihrer Verpflichtung bezüglich des Umbaues nicht nachgekommen war und die D II nur „versuchsweise“ genehmigt war. Die Osterferien kamen heran, ohne daß die Schule den nach U I und D II versetzten Schülerinnen mitteilen konnte, ob sie nach den Ferien die Schule weiter besuchen dürften. Auch nach den Ferien lag noch kein Bescheid vor, so daß nach Anweisung der staatlichen Aufsichtsbehörde der Direktor nur die Klassen U II—VI zum Unterricht zulassen durfte.

Was diese Wochen des Hangens und Bangens für die Eltern, Lehrer und Schülerinnen bedeutet haben, ist kaum zu schildern, und es ist nur zu begreiflich, wenn die Erregung der Beteiligten in Eingaben, Bitten und Beschwerden zum Ausdruck kam.

Endlich, am 27. April, fand noch einmal eine Besichtigung des alten Gebäudes durch Vertreter der staatlichen Behörden (Ministerium und Provinzialschulkollegium) statt, nach der in einer eingehenden Besprechung der Stadt anheimgestellt wurde, die für das Oberlyzeum nötigen Räume in einem „Teilneubau“, d. h. einem „Ergänzungsbau“ zu schaffen und das alte Gebäude nach Beseitigung der schlimmsten Mängel weiter zu benutzen. Nachdem die städtischen Körperschaften am 2. Mai einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hatten, traf schon am 3. Mai fernmündlich der Bescheid des Ministeriums ein, daß die Unterprima und Obersekunda eröffnet werden könnten.“ (*Oberlyzeum i. G., S t e n d a l.)

„Seit ungefähr zwei Jahrzehnten ging die Schülerzahl des alten humanistischen Gymnasiums aus der Reformationszeit (gegründet 1543) stark zurück, so daß seine Erhaltung wirtschaftlich immer schwerer wurde. Infolgedessen beschloßen die städtischen Körperschaften im Anfang des Jahres 1921, die unteren Klassen des Gymnasiums allmählich abzubauen, bei der seit Ostern 1908 bestehenden und stetig wachsenden Oberrealschule eine gemeinsame Unterstufe zu errichten und auf dieser Unterstufe neben der Oberrealschule eine Reformanstalt aufzubauen. Ostern 1924 entstand die erste Klasse (U III) eines

Reformrealgymnasiums, das jetzt Ostern 1928 bis zur beginnenden II I gewachsen ist, während vom Gymnasium nur noch die O I als letzte Klasse bis Ostern 1929 vorhanden sein wird.

Die Schwierigkeit der gemeinsamen Leitung zweier Schulen in getrennten Gebäuden — Oberrealschule in der Friedrichstraße, Gymnasium am Lindenhügel — vor allem aber die seit Jahren unzureichenden Räume im Oberrealschulgebäude und andere Gründe brachten den Plan zur Reife, beide Schulen zu vereinigen und ihnen ein gemeinsames größeres Heim zu geben. Als solches wurde das bisherige neue Mittelschulgebäude an der Burg 19 gewählt. In einsichtiger, dankenswerter Weise bewilligten die städtischen Körperschaften die Mittel zum Ausbau des Gebäudes und zum Umzug der Schulen, nachdem der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 26. Februar 1927 seine Genehmigung zu der Vereinigung gegeben hatte.

Dank der Tatkraft der Stadtverwaltung und insbesondere des jetzigen Schulbezernenten, des Stadtrats Strümpfel, wurden die Vorbereitungen und vor allem der Ausbau des Dachgeschosses zu Bücherräumen so beschleunigt, daß in den Tagen vom 21. bis 25. April die eigentlichen Umzüge und der Einzug vor sich gehen konnten.“ (*Oberrealschule und Gymnasium i. U. zum Reformrealgymnasium, Mühlhausen.)

„Unsere Aufbauschule ist in dem ehemaligen Zisterzienserkloster untergebracht worden. Weithin sichtbar, ragt dieses alte, ehrwürdige Bauwerk aus der slawischen Siedlung Schlaben — seit 1927 Neuzelle genannt — empor. Im Jahre 1268 — so berichtet die Urkunde — stiftete Heinrich der Erlauchte von Meißen zum „Seelenheile unserer geliebten, unvergeßlichen Gemahlin Agnes, sowie zum ewigen Heile aller unserer Vorfahren“ die Dörfer Wellmiz, Seitwann, Streichwitz, Schwerzko, Möbiskrüge, Lawiz „mit allen ihren Grenzen und Gerechtsamen“. Einige Jahrzehnte später siedelten die ersten Mönche vom Mutterkloster Altzelle (Meißen) nach Neuzelle über und begannen, in jäher Arbeit die unwirtliche Gegend zu kultivieren. Die Landschaft sah wenig verlockend aus: die Höhen bedeckte märkischer Sandboden mit einigen unentwickelten slawischen Dörfern und Niederlassungen von Zeidlern, und an Stelle der Oberwiesen breiteten sich, soweit das Auge reichte, Sümpfe und Erlensbüsche aus. Nur unbeugbarer Wille, wie er Ritter, Mönch und Bauer im 13. Jahrhundert eigen war, konnte die märkische „Wüste“ in eine Oase verwandeln. Zunächst wurden die Wohn- und Wirtschaftsräume errichtet, dann der Sandberg, der bis zur Turmuhrhöhe der heutigen katholischen Kirche reichte, abgetragen und der Bau der dreischiffigen Hallenkirche im gotischen Baustil in Angriff genommen. Jahrhundertlang haben die Mönche am Kloster gebaut; die verschiedenen Baustile von der Früh- bis Spätgotik lassen sich deutlich verfolgen. Unter Abt Bernhard (1660—1685) wurden die gewaltigen gotischen Pfeiler der heutigen katholischen Kirche mit barockem Stuck überkleidet und unter Abt Martinus (1727—1741) der letzte Schlußstein zur barocken Innenausstattung — Malerei, Kirchen- und Betstühle — gelegt.

Reich bewegt war die Geschichte Neuzelles; 1429 fielen die Hussiten in die Lausitz ein und plünderten in der Umgegend des Klosters. Guben ging in Flammen auf, und auch das Kloster Neuzelle soll der Sage nach Schreckenszeiten durch hussitische Horden durchgemacht haben. Ganz besonders wütete der Dreißigjährige Krieg im Stiftsgebiet, das z. B. unter der Besatzung des schwedischen Generals Wittenberg die Plagen des Krieges auskosten mußte. Kaum ein Fünftel der ehemaligen Bauern und Kossäten blieb nach Friedensschluß 1648 übrig. Die Lage der verarmten Bauern wurde noch ungünstiger, als die Abte Bernhard und Albericus (1641—1685) die Geld- und Naturalleistungen stark erhöhten. Während des Siebenjährigen Krieges wird Neuzelle, ähnlich wie es Guben erging, die Lasten des Krieges gespürt haben. Die Lausitz war damals sächsisch und hatte bis zum Friedensschluß preussische Truppen zu verpflegen, z. T. hohe Kriegskosten zu zahlen. Auch 1813 lagen russisch-preussische Truppen in den Dörfern des Stiftsgebiets. 1815 fiel Neuzelle wie auch die gesamte Lausitz an Preußen. 1817 wurde das Kloster aufgehoben und in ein Lehrerseminar umgewandelt.

Ungefähr 4500 Lehrer haben im Lehrerseminar ihre Ausbildung erhalten, und über 100 Jahre war Neuzelle eine der wichtigsten Kulturstätten für das platte Land der Lausitz. Der ehemalige Seminarzögling ging bis in das entlegenste Dorf, um in entsagendster und dornenreicher Arbeit als Lehrer zu wirken. Rund 100 Jahre — bis 1922 — bestand das Lehrerseminar. Die neue Zeit forderte von dem Volksschullehrer neue Bildungswege, die Lehrerseminare wurden aufgelöst. Die noch bestehenden Klassen des Neuzeller Seminars wurden auf andere Seminare verteilt, und das Lehrerinnenseminar in Croffen (Ober) siedelte nach Neuzelle über. Auch das Lehrerinnenseminar hat die vom Lehrerseminar überlieferten Beziehungen zwischen Neuzelle und dem Seminar übernommen und sorglich gepflegt.

Schon bei der Übersiedlung stand fest, daß das Lehrerinnenseminar 1926 aufgelöst werden mußte. So faßte die damalige Leiterin, Frau Studiendirektorin Weihmann, den Entschluß, eine Aufbauschule zu gründen, um Neuzelle als Kulturstätte zu erhalten. Ihrer Tatkraft und der freudigen Unterstützung durch das Kollegium und der Elternschaft Neuzelles ist es zu verdanken, daß die Hindernisse, die der Gründung einer Aufbauschule entgegenstanden, beseitigt wurden. In einer zahlreich besuchten Versammlung am 28. Juni 1922 wurde Frau Studiendirektorin Weihmann als Versammlungsleiterin gebeten, bei den Behörden alles zu versuchen, das Seminar als Bildungsstätte in irgendeiner Form zu erhalten. Daß schon in Neuzelle und der näheren Umgebung viele Eltern beabsichtigten, ihre Kinder in die Aufbauschule zu schicken, ging aus einer Liste von Schülern hervor, welche die Herren Boesig, Hoffmann und Müller der Direktorin zur Verfügung stellten.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und das Provinzial-Schulkollegium zu Berlin standen der Einrichtung einer Aufbauschule von Anfang an freundlich gegenüber. Eine große Schwierigkeit stellte nur noch die finanzielle Seite dar, da die örtliche Behörde, in diesem Fall der Kreis Guben, zur Unterhaltung der Aufbauschule betreffs Wasserversorgung, Heizung, Beleuchtung usw. herangezogen werden mußte. Überzeugt von der Notwendigkeit und Bedeutung einer Aufbauschule, erklärte sich der Kreisausschuß im Februar 1923 in dankenswerter Weise bereit, die von den Behörden gestellten Forderungen zu bewilligen, falls in die Aufbauschule, die für die weibliche Jugend geplant war, auch Schüler aufgenommen werden könnten. So war die Aufbauschule für Neuzelle gesichert, und es sollte sich zeigen, daß das Vertrauen, das man der neuen Schule entgegenbrachte, vollkommen gerechtfertigt war. Am 13. April 1923 wurde die erste Aufbauklasse — von 41 Schülern und Schülerinnen hatten 30 die Aufnahmeprüfung bestanden — eröffnet; eine kleine Feier vereinigte Kollegium und Schüler mit den Eltern in der Aula der Anstalt.

Jahr für Jahr wurde eine neue Klasse aufgesetzt, und es zeigte sich, daß die Aufbauklassen, wie mehrere Revisionen durch das Ministerium und das Provinzial-Schulkollegium ergaben, vollauf leistungsfähig waren. So wurden die Aufbauklassen in Neuzelle am 22. März 1926 als Deutsche Oberschule in Aufbauform für die weibliche Jugend vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung anerkannt. Wie großes Interesse von der Behörde der Neuzeller Aufbauschule entgegengebracht wurde — war es doch die erste weibliche Aufbauschule Preußens — geht aus dem Besuch des damaligen Ministers Dr. Voelz im Juni 1923 hervor. Frau Studiendirektorin Weihmann verstand es, das lebhafteste Interesse beim Ministerium und Provinzial-Schulkollegium für unsere Anstalt zu wecken und zu erhalten. Wie kaum einer anderen Anstalt standen Neuzelle die Mittel zur Verfügung, die notwendigen Bauveränderungen und -Instandsetzungen durchzuführen. So wurden z. B. ein Teil der Innenräume und ein Teil der Außenwände neu gestrichen, eine Sammelheizung geschaffen, neuzeitliche Räume für den naturwissenschaftlichen Unterricht eingerichtet, die Turnhalle umgebaut und der Park verschönt. Neben dem von Anfang an bestehenden Schülerinnenheim war Ostern 1925 auch ein Schülerheim gegründet worden. Noch mancher andere Plan sollte zur Ausführung kommen, als der Tod Frau Studiendirektorin Weihmann am 4. August 1927 aus ihrem Wirkungskreis riß. Wie groß ihr Verdienst um die Aufbauschule war, hat neben anderen Vertretern der Behörde besonders Herr Ministerialdirektor Zahnke betont, der die Bedeutung der Gründerin und ersten Leiterin der Aufbauschule als Vertreter des Herrn Ministers zum Ausdruck brachte.

Am 1. Oktober 1927 übernahm Frau Studiendirektorin Dr. Molthan die Leitung der Anstalt, die seit Ostern 1928 aus den Klassen U III bis D I besteht und zu Beginn des neuen Schuljahres insgesamt 141 Schüler und Schülerinnen zählt. Von Jahr zu Jahr ist die Schülerzahl sprunghaft in die Höhe gegangen, die große Zahl der Meldungen — im ganzen 61 — zur Aufnahmeprüfung in die verschiedenen Klassen unserer Anstalt für Ostern 1928 hat wieder den Beweis erbracht, wie notwendig für die Laufbahn die Aufbauschule Neuzelles ist, die mithelfen möchte, begabten und leistungsfähigen Kindern unserer Landschaft den Aufstieg zu ermöglichen und der Öffentlichkeit durch Konzerte und Theateraufführungen deutsches Bildungsgut zu vermitteln.“ (+Deutsche Oberschule in Aufbauform, N e u z e l l e.)

„Auf den dringenden Wunsch und mit eifriger Unterstützung der Elternschaft erstrebte die Schulleitung die Genehmigung zur Ausgestaltung des Lyzeums zur Vollaustalt. Der Plan wurde in allen Einzelheiten und nach allen Seiten durchberaten und sorgfältig vorbereitet. Die evangelische Gemeinde Lindenthal zeigte große Bereitwilligkeit zur finanziellen Beihilfe. Da diese aber an gewisse Grenzen gebunden und zunächst nur für wenige Jahre fest in Aussicht gestellt werden konnte, scheiterte das Vorhaben schließlich doch an den Schwierigkeiten der Aufbringung der von dem Ministerium geforderten Sicherheiten für die Zukunft des Oberbaus.“ (oEvang. Lyzeum Teschner, R ö l n.)

„Für die Entwicklung unserer Anstalt war das verflossene Schuljahr von ganz besonderer Bedeutung. Haben doch alle die Freunde der Schule beunruhigenden Fragen: ob das Oberlyzeum oder die Studienanstalt für die Stadt Cottbus die geeignete weiterführende weibliche Bildungsanstalt sei, ob der Aufbau eines Oberlyzeums das Eingehen der Studienanstalt im Gefolge haben oder doch derselben wesentlichen Abbruch tun würde, durch die natürliche Entwicklung der Dinge und durch die wirksamer als alle Erwägungen sprechenden Tatsachen eine Lösung gefunden, die uns hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken läßt.

Die Entwicklung der Studienanstalt seit ihrem Aufbau Ostern 1923 wird aus folgender Tabelle ersichtlich:

1923	1924	1925	1926	1927	1928
					DI = 20 Sch.
				UI = 23 Sch.	UI = 21 Sch.
			DII = 26 Sch.	DII = 20 Sch.	DII = 23 Sch.
		UIII = 20 Sch.	UIII = 19 Sch.	UIII = 24 Sch.	UIII = 27 Sch.
	DIII = 18 Sch.	DIII = 21 Sch.	DIII = 20 Sch.	DIII = 27 Sch.	DIII = 25 Sch.
UIII = 18 Sch.	UIII = 21 Sch.	UIII = 21 Sch.	UIII = 25 Sch.	UIII = 24 Sch.	UIII = 40 Sch.

Die Studienanstalt blüht. Während Ostern 1926 noch zahlreiche Schülerinnen der Studienanstalt beim Übergang von der Untersekunda zur Obersekunda die Schule verließen, hat der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt wie auch das immer mehr um sich greifende Berechtigungswejen die Eltern von selbst dazu geführt, ihren Kindern durch eine weitergehende Bildung die besser dotierten Stellungen und die höheren Berufe zugänglich zu machen. Eine Reihe von Schülerinnen holte in besonderen Kursen das fehlende Latein nach (meist mit Zugabe eines Jahres) und erreichte dadurch, wenngleich unter großen Anstrengungen und unter bedenklicher Gefährdung der Kenntnisse in den anderen Lehrgegenständen, den Anschluß an die Obersekunda der Studienanstalt.

Dieser Weg eignet sich aber nur für körperlich leistungsfähige und geistig hochbegabte Schülerinnen. Als die Eltern die Schwierigkeiten dieses Weges erkannten, entschlossen sich die meisten für den direkten Übergang von der Quarta des Lyzeums zur Untertertia der Studienanstalt. Trotzdem bleibt eine Reihe von Schülerinnen im Lyzeum zurück, deren Eltern es sich angesichts der schwierigen Wirtschaftslage nicht zutrauen, die Kinder bis zum Abitur weitergehen zu lassen. Später, bei günstigeren Verhältnissen, würde man gern den Anschluß gewinnen, aber nun fehlt das Latein. Bei anderen ist die körperliche Schwäche der Mädchen ein Hinderungsgrund, bei einer Anzahl erwachen Neigung und Trieb zum Lernen erst in der Obertertia und Untersekunda. Endlich ist es für die auswärtigen Schülerinnen meist unmöglich, 6 Jahre die Studienanstalt zu besuchen. Die Kinder müssen früh in Pension gegeben werden, was weder im Interesse des Familienlebens erwünscht, noch wirtschaftlich tragbar, noch der Gesundheit der Strapazen wegen (Mangel an Schlaf, Fahrt) zuträglich ist.

Es sprechen aber noch andere Gründe dafür, daß manche Eltern auf den Bildungsgang durch die Studienanstalt verzichten. Wer das Studium der Theologie, der Medizin, der Jura, der Germanistik, der alten und neuen Sprachen, der Geschichte wählen will, wird die Studienanstalt dem Oberlyzeum vorziehen, da zu allen diesen Studien Lateinkenntnisse in dem Umfange, wie sie die Studienanstalt vermittelt, notwendig sind. Wählt man dagegen das Studium der Erdkunde, der Mathematik und Naturwissenschaft, will man den Beruf der Volksschullehrerin, der Turn-, Zeichen-, Handarbeits- und Gewerbelehrerin ergreifen, will man für den Eintritt ins Wirtschaftsleben die Unter- oder Oberprimareife, das Maturitätszeugnis erlangen, will man überhaupt eine weitergehende höhere Allgemeinbildung erwerben, so ist das Oberlyzeum ein geeigneter Weg dazu, zumal es in zwei wahlfreien Wochenstunden eine gewisse Lateinkenntnis vermittelt (falls man derselben nicht ganz entraten kann). Der Übergang vom Lyzeum vollzieht sich ohne Prüfung, da ja der Bildungsplan des Oberlyzeums denjenigen vom Lyzeum gradlinig fortsetzt. Das liegt durchaus im gesundheitlichen Interesse der Mädchen. Dieser Bildungsgang hat gegenüber dem der höheren Fachschule für Frauenberufe einen Vorteil. Diese ist eigentlich für Gewerbelehrerinnen gedacht, kommt allenfalls auch noch für die Hauswirtschafts-, Nadelarbeits- und Zeichenlehrerin in Frage. Sie bietet also für die spätere Berufswahl längst nicht so viele Möglichkeiten wie das Oberlyzeum. Die dreijährige Frauenschule, die Werkoberschule und Frauenoberschule ähneln der höheren Fachschule für Frauenberufe nach Lehrplan und Ziel, wie dies deutlich in den Referaten und Diskussionen der Frauenschultagung, die vom 2. bis 4. April im Zentralinstitut in Berlin stattfand, zutage trat. Die dreijährige Frauenschule, die Werkoberschule und Frauenoberschule haben aber vorläufig überhaupt noch keine feststehenden Berechtigungen, die Schulen zu Halle, Hildesheim, Kreuznach, Münster sind Versuchsschulen, erst nach Jahren kann man sich

mit einiger Sicherheit ein Urteil über sie bilden. Zudem erfordern diese mehr wirtschaftlichen Charakter tragenden Anstalten und Fachschulen Arbeitsräume und sonstige Einrichtungen, die hier zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Die Gründung solcher Schulen würde mit großen Kosten verbunden sein.

Wie dem aber auch sei: für das verflossene Jahr ist festzustellen, daß sich in der Untersekunda unter den 38 Schülerinnen eine ganze Anzahl vorfand, die trotz guter oder ausreichender Befähigung aus irgendeinem der angegebenen Gründe den Anschluß an die Studienanstalt nicht gefunden hatten. 17 von ihnen sind Ostern 1928 in die Obersekunda des Oberlyzeums eingetreten, dazu kommen 3 vom vorigen Jahrgang und 7 von den auswärtigen Lyzeen. Somit eröffnen wir die neue Obersekunda mit 27 Schülerinnen. Die Gründe aber, die im Schuljahr 1927 galten, werden auch in den künftigen Jahren wirksam sein. Ein reicher Kranz von Zubringeschulen umgibt unsere Stadt (Betschau, Lübbenau, Lübben, Calau, Senftenberg, Welzow, Kirchhain, Dreikau, Peitz). Die umliegenden Lyzeen (Guben, Forst, Spremberg, Grube Mße) haben vorläufig keine Oberstufe. Aber selbst dann, wenn ein oder das andere Lyzeum ausgebaut würde, verbleibt in unserer Untersekunda ein reichliches und wertvolles Schülerinnenmaterial, das durch die Zubringeschulen alljährlich eine Auffrischung erfährt und von diesen durch eine Reihe lernbegieriger und fähiger Schülerinnen verstärkt wird.“ (+Augustaschule, Lyzeum u. rg. Studienanstalt, Cottbus.)

„Ist ein Ausbau der Frauenschule der gewiesene Weg für alle diejenigen, die sich eine über die Ziele des Lyzeums hinausgehende höhere Bildung aneignen wollen? Daß der Gedanke einer unter Einfluß der Frauenschule dreijährigen Frauenoberstufe an sich ein gesunder ist, steht außer Zweifel. In dieser neuen Anstalt sollen neben wissenschaftlichen Interessen auch die praktischen Belange hauswirtschaftlicher, sozialpflegerischer, gewerblich-technischer und künstlerischer Richtung berücksichtigt werden. Ist das nicht eine Idealschule, für Vermittlung gerade fraulicher Bildung einzigartig geeignet? Es wird dies wohl niemand zu bestreiten wagen. Und doch ein starkes Bedenken: Ideale bergen unter Umständen die Gefahr in sich, daß sie vom Wege der Wirklichkeit abführen. Unsere deutsche Gegenwart mit ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Not ist nicht in der Lage, das Gute und Schöne nur eben deswegen zu treiben, weil es gut und schön ist, sondern die harte, rauhe Notwendigkeit zwingt dazu, unter allen Umständen zunächst erst einmal einen Kampf ums Dasein zu führen. Auch das Mädchen unserer Zeit muß danach streben, sich für die selbständige Ausübung irgendeines Berufes tüchtig zu machen. Nach den angestraften Forderungen unserer Zeit genügt als Vorbildung für manche Berufe nicht mehr die auf einem Lyzeum erworbene Bildung, es wird in vielen Fällen heutzutage Hochschulreife verlangt. Dies mag teilweise als eine Übertreibung empfunden und innerlich abgelehnt werden, aber man kommt damit nicht an den Tatsachen vorbei. Diese richten sich nicht nach den Personen, sondern die Personen haben sich nach ihnen zu richten. Führt die Frauenoberstufe zur Hochschulreife? Das ist die Frage, die alle bewegt; erfolgt die Antwort nicht in der vom Staate Thüringen eingeschlagenen Richtung, daß die auf der Frauenoberstufe abgelegte Reifeprüfung — wie es z. B. in Preußen bei den früheren Oberlyzeen alten Stils der Fall war — zusammen mit einer bestimmten Ergänzungsprüfung die volle Hochschulreife verleiht, dann kann die Frauenoberstufe für eine Berufsausbildung nur insoweit in Frage kommen, als sie zur technischen Lehrerin für Hauswirtschaft und Nadelarbeit vorbereiten und die Vorbildung — dabei nicht etwa auch schon die Ausbildung — zur Gewerbelehrerin vermitteln kann. Dann ist und bleibt sie gewiß eine gute Anstalt, deren Besuch allen jungen Mädchen von Herzen zu wünschen wäre, ihre Bedeutung für die Berufsausbildung würde sich indes lediglich auf die zukünftigen technischen und Gewerbelehrerinnen beschränken. Es ist sehr die Frage, ob eine Kleinstadt wie Quedlinburg in unserer heutigen Zeit es wagen kann, mit nicht unerheblichen Kosten eine Anstalt zu gründen, die nur einem beschränkten Interessentkreis einen Teil der Berufsbildung zu bieten vermag. Das wird mit einem Schlage anders, wenn die Frauenoberstufe diejenigen Berechtigungen erhält, auf die ein Mädchen, das sich eine höhere Berufsbildung erwerben will, Wert legen muß. Erlangt, wie es seit Sommer 1927 immer mehr den Anschein gewann, die Frauenoberstufe diese Berechtigungen nicht, so ist der Besuch dieser Anstalt für die meisten unserer Mädchen zwecklos. Die Erkenntnis dessen mußte auf einem Elternabend am 29. August mit unwiderleglicher Folgerichtigkeit zur Stellungnahme für den alle Berechtigungen und Berufsmöglichkeiten bietenden Weg eines Ausbaues des Lyzeums zu einem Oberlyzeum führen.

Gegen diesen Standpunkt ist später von gegnerischer Seite aus — die ein Oberlyzeum allerdings selbst als an sich gut und notwendig ausdrücklich anerkennen mußte — geltend gemacht worden, daß die Errichtung dieser weiterführenden Bildungsanstalt für Mädchen das Fortbestehen einer zu Ostern 1927 gegründeten, auf Mädchenbesuch hoffenden dritten höheren Knabenschule Quedlinburgs gefährde. Demgegenüber liegt zum mindesten die Frage nahe, ob einer Knabenschule, die nur bei Zuzug von Mädchen

existenzfähig sein soll, überhaupt eine Lebensberechtigung zugesprochen werden kann. Auf die Dauer wird jedenfalls der Zustand nicht aufrechtzuerhalten sein, daß in Quedlinburg die Mädchen, die sich eine über die Lyzeumsziele hinausgehende abgeschlossene Bildung erwerben wollen, entweder gezwungen werden, eine Knabenschule zu besuchen oder, falls sie sich hierzu nicht verstehen können, zum Besuch der Mädchenschulen anderer (!) Städte gedrängt werden. Wenn der männlichen Jugend in Quedlinburg nicht weniger als drei verschiedene Wege zur Erreichung der vollen Hochschulreife zur Verfügung stehen, so erscheint es als ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, der Mädchenwelt wenigstens einen solchen Weg zu eröffnen. Es zeigt sich mit jedem Jahre deutlicher, wie sehr die weibliche Jugend es nötig hat, an eine selbständige Berufsführung zu denken, davon legt die verhältnismäßig große Zahl der die drei hiesigen höheren Knabenschulen besuchenden Mädchen Zeugnis ab. Diese große Zahl deutet nicht etwa eine Mindereinschätzung des inneren Wertes des Lyzeums an, sondern ist lediglich ein lebendiger Beweis der bitteren Not unserer weiblichen Bevölkerung aller Stände, die auf dem einfachen Lyzeumsweg nicht genügend Berufsmöglichkeiten vor sich sieht und deshalb zu irgendeiner anderen die Erreichung des gewünschten Ausbildungsziels mit Bestimmtheit gewährleisten Anstalt übergehen muß. Daß der den Mädchen auferlegte Zwang zum Besuch einer Knabenschule bei den meisten Familien eine starke innere Abneigung hervorruft, ist nur zu leicht zu begreifen, kann doch in einer Knabenschule die so notwendige Rücksicht auf die weibliche Eigenart durchaus nicht in dem erforderlichen Maße genommen werden. Frauliches Wesen kommt in der Knabenschule nicht zu seinem Recht, Verfündigung an der Frauennatur wirkt verhängnisvoll.“ (*Lyzeum mit Frauenschule, Quedlinburg.)

„Durch Ministerialerlaß vom 8. April 1927 ist die versuchsweise Einrichtung einer Klasse der sogenannten „Frauenoberschule“ genehmigt worden. Diese neue Form einer höheren Schule, die auf die II II des Lyzeums eine dreijährige Oberstufe aufbaut, erhält ihre Sonderart dadurch, daß sie die Durchbildung und Reifung der Schülerinnen durch ein Zusammenwirken der bildenden Kräfte der geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Fächer einerseits und der künstlerisch und technisch gestaltenden Fächer andererseits erstrebt. Ihr Bildungsziel ist die Reife für die künstlerischen, gewerblichen und pädagogischen Hochschulen. Die neue Klasse konnte mit 27 Schülerinnen eröffnet werden. Der der Arbeit zugrunde liegende neue Bildungsgedanke bietet Lehrern und Schülerinnen für Stoffauswahl und Methode eine Fülle neuer Aufgaben. Auf welchen Wegen und in welchem Umfang sie lösbar sind, kann nach einem Jahr des Versuchs noch nicht beantwortet werden. Eine ausführlichere Rechenschaft muß deshalb späteren Jahresberichten vorbehalten bleiben. Die Fortführung des Versuchs ist durch einen Ministerialerlaß vom 5. März 1928 gesichert worden.“ (*Lyzeum II mit Frauenschule, Halle.)

„Die dreijährige Frauenschule, eine neue Entwicklungsform der Frauenschule von 1908 und 1917, ist Ostern 1927 auf Grund des Ministerialerlasses II II 16 150 vom 23. April 1927 zunächst mit einer Unterklasse (FS III) an unserer Anstalt eröffnet worden. Die Goetheschule ist die einzige staatliche Schule, der diese Einrichtung genehmigt ist. Die Klasse wurde Ostern 1927 mit der zulässigen Höchstzahl von dreißig Schülerinnen besetzt, darunter zahlreichen auswärtigen. Die alte (einjährige) Frauenschule (FS b) wurde auf Wunsch der Eltern daneben mit einer Klasse aufrechterhalten. Die Frauenoberschule will mit einer vertieften geistigen Bildung in den kulturkundlichen und naturwissenschaftlichen Fächern des Oberlyzeums unter Verzicht auf die Fremdsprachen (die wahlfrei fortgeführt werden können) eine gründliche Schulung in den technisch-gestaltenden Fächern, vor allem Nadelarbeit und Zeichnen, und in der praktischen Arbeit in Küche, Haushalt und Kindergarten verbinden. Eine enge Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitsgebieten wird angestrebt, so daß Theorie und Praxis Hand in Hand arbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Manche in Hildesheim bewährte Form der Frauenschularbeit, vor allem die Zusammenarbeit mit städtischen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen, ist beibehalten worden. Die Unterklasse der neuen Schulform ähnelt in mancher Beziehung der einjährigen Frauenschule, so daß Ostern 1928 ohne Bedenken dazu übergegangen werden konnte, zwei parallele FS III einzurichten und die einjährige FS b eingehen zu lassen. Geplant ist im Einverständnis mit den Behörden der Abbau der einjährigen Lehrgänge für Nadelarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen, die nur noch bis 1929/30 weitergeführt werden, da mit ihrem Ersatz durch die dreijährige Frauenschule gerechnet werden kann. Der Lehrgang für Turn- und Schwimmlehrerinnen bleibt in der bisherigen Form erhalten; zum Eintritt in diese Ausbildung berechtigt der einjährige Besuch der Frauenschule nach wie vor. Auch für den Eintritt in den zweijährigen sozial-pädagogischen Lehrgang, der an die Stelle der Lehrgänge für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen getreten ist, genügt der Besuch der FS III, während als Vorbildung für den Besuch des Gewerbeseminars